



132/2005

Kiel, 22. September 2005

Bildungsausschuss fordert Konzentration der Rechtsmedizin

Kiel (SHL) – *Der Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags befasste sich in seiner heutigen Sitzung (22.) mit dem Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck*

Wie die Bildungsausschussvorsitzende, Sylvia Eisenberg, mitteilte, beschloss der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Landesregierung aufzufordern,

1. die Prosektur an den Universitätsstandorten Kiel und Lübeck zu erhalten,
2. Laborkapazitäten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Medizinstudium, Justiz und Polizei zusammenzufassen,
3. ein Konzept zur Begrenzung der Kosten und zur Erhebung kostendeckender Gebühren für Dienstleistungen der Rechtsmedizin zu entwickeln,
4. ein Konzept vorzulegen, um die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit von Rechtsmedizinern in allen Phasen der Ermittlung bei vermuteten Kapitaldelikten weiter zu verbessern.

Der Bildungsausschuss sowie der Innen- und Rechtsausschuss hatten sich in mehreren Sitzungen mit dem FDP-Antrag zum Erhalt der Rechtsmedizin an den Universitätsklinikstandorten Kiel und Lübeck befasst und eine Reihe von Stellungnahmen ausgiebig abgewogen, um der wirtschaftlichen Situation des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein auf der einen Seite und den Belangen von Polizei, Justiz und Medizinerausbildung auf der anderen Seite gerecht zu werden.